Bürokratie bleibt das Problem Nr. 1

IHK-Regionalausschuss Altötting - Mühldorf legt die Arbeitsthemen für die kommenden beiden Jahre fest – Bildungsexpress soll 2027 wieder rollen

Von Martin Armbruster

Für Maximilian Kammermeier war es eine schöne Premiere. Kammermeier war am 16. September zum ersten Mal dabei bei einer „Arbeitssitzung“ des IHK-Regionalausschusses Altötting - Mühldorf. Auf LinkedIn schreibt er, das sei eine „spannende und wertvolle Erfahrung“ für ihn gewesen. Die Ausschuss-Vorsitzende Ingrid Obermeier-Osl dürfte das wohl gerne lesen.

Obermeier-Osl selbst sagte gegen Ende der Veranstaltung im Fohlenhof in Ampfing im kleinen Kreis: „Das war eine super Sitzung.“ Ihr Ausschuss hatte zuvor auch knapp drei Stunden lang so intensiv wie selten diskutiert. Obermeier-Osl sorgte zu Beginn der Sitzung für Gelächter mit dem Hinweis, man habe keinen der beiden Landräte eingeladen, weil man heute „richtig arbeiten“ wolle.

Auf der Agenda stand ein Workshop unter der Regie von IHK-Geschäftsstellenleiter Herbert Prost. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sollten selbst bestimmen, mit welchen Themen sich der Ausschuss in den kommenden beiden Jahren beschäftigen soll. Prost erinnerte daran, dass man in den vergangenen Jahren mit klaren Positionen Akzente gesetzt habe in der Diskussion über die A94, ABS 38 und der geplanten Standortschließung von Dyneon.

Obermeier-Osl informierte den Ausschuss zudem über den Stand bei zwei Projekten, die ihr besonders am Herzen liegen. Ihren Worten zufolge ist der kommende Wirtschaftsempfang im Oktober in Waldkraiburg quasi ein Pflichttermin für jeden im Ausschuss. Mit mehr als 600 Teilnehmern sei der Empfang in Oberbayern die bedeutendste Veranstaltung seiner Art.

Sie erinnerte daran, dass man diesen Event über Jahre hinweg mit dem Handwerk und den beiden Landkreisen aufgebaut habe. In der Vergangenheit habe man auf Wunsch des Altöttinger Ex-Landrats Erwin Schneider (CSU) meist Redner zu großpolitischen Themen gehabt. In diesem Jahr habe man die Keynote-Speakern Carina Stöttner für die Veranstaltung engagiert. Ihr Vortrag stehe unter dem Motto „Zukunft der Wirtschaft – Vier Szenarien, die Unternehmen kennen müssen“.

Weniger erfreulich steht es laut Obermeier-Osl dagegen beim bundesweit einmaligen Ausbildungsprojekt IHK-Bildungsexpress. Da gibt es plötzlich Probleme mit der Bahn. Die grenzüberschreitende Fahrt nach Salzburg gibt es nicht mehr, weil dort die Doppelstockzüge der Südostbayernbahn nicht mehr in den Bahnhof fahren dürfen.

2025 fuhr der Express folglich nach Regensburg. Dieses Jahr fährt er gar nicht. Wegen Streckensanierungen hatte die Südostbayernbahn keinen Slot für den Sonderzug frei. Obermeier-Osl versicherte, man setze alles daran, den Bildungsexpress 2027 wieder fahren zu lassen.

Gemeinsam mit dem Ausschuss wollte Obermeier-Osl die Frage klären, wie man auf die Situation reagieren müsse – sie einfach hinnehmen oder die Öffentlichkeit informieren? Christoph Oechsner sagte, viele Leute wollten von ihm wissen, wann der Bildungsexpress wieder fahre. Man müsse daher die Schulen und Betriebe informieren.

Hermann Jäger meinte, man müsse mit einer Pressemeldung „Druck aufbauen“, um das Problem klar zu machen. Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur sei untragbar. Florian Loserth kritisierte, es sage viel aus, dass die Bahn eine Sonderzugfahrt im Jahr nicht ermöglichen könne. „Wir können den Bildungsexpress nicht im Schienenersatzverkehr machen“, spottete Loserth.

Die Diskussion entzündete sich dann an einem anderen Dauerthema: Es ist die Bürokratie, die den Frustpegel der Unternehmer in die Höhe treibt. Oechsner kritisierte, der Aufwand für Mittelständler sei „irrwitzig“. Er komme fast nicht mehr dazu, sein Geschäft zu machen. Henner Spelsberg sagte, in Zeiten knapper Fachkräfte sei es besonders absurd, wertvolle Arbeitszeit für überflüssige Bürokratie aufzuwenden.

Marlis Röhrl klagte, beim Kontakt mit den Behörden fühle man sich häufig immer noch wie ein Bittsteller. Milchwerke-Chef Jäger forderte, auch Deutschland brauche endlich einen Mann wie den Argentinier Javier Milei, der mit der Motorsäge den Bürokratie-Wildwuchs bekämpfe. Aber auch Brüssel sorgt weiter zuverlässig für Ärger. Aktuell sind das Verpackungsverordnung und EmpCo-Richtlinie, mit der die EU das „Greenwashing“ von Unternehmen verhindern will.

Jäger meinte, wegen der Verpackungsverordnung bekomme er derzeit keine Ersatzteile aus Polen mehr. Das sei ein gutes Instrument, um den Binnenmarkt zu zerstören. Obermeier-Osl berichtete, eine Unternehmerin im IHK-Präsidium habe ihr Auslandsgeschäft deshalb bereits eingestellt. Auch die EmpCo-Richtlinie sei kein Spaß. Die Gewinner seien die Abmahnanwälte. „So geht es nicht mehr weiter“, stellte die Unternehmerin fest.

Ulli Kerbl warnte davor, die Wirkung dieser Richtlinie zu unterschätzen. Da gehe es nicht nur um Imageschaden und Bußgelder. Bei Greenwashing-Vorwürfen werde Amazon „gnadenlos“ reagieren. Wer unter Verdacht stehe, dem werde der Zugang zum Online-Marktplatz gesperrt. Kerbl schlug vor, worauf sich der Ausschuss als Arbeitsziel „Schulterschluss“ einigte: sich gegenseitig helfen, Erfahrungen austauschen, Fallbeispiele sammeln, der Politik klare Ansagen machen.

Zum dritten Arbeitsschwerpunkt kürte der Ausschuss das Thema „Umwelt und Energie“. Die Basis dafür schuf Sascha Schnürer mit dem Hinweis auf den Mangel an Stromnetz-Anschlüssen. Schnürer sagte, das Zuteilungssystem des Bayernwerks erinnere an Planwirtschaft und Vergangenheit. Schnürer forderte, die Wirtschaft müsse sich einmischen.

Mit Wacker, OMV und ODU habe man Großverbraucher in der Region, in Aschau wolle man die Rüstungsindustrie hochziehen. Es gehe um Milliardenbeiträge etwa für neue Umspannwerke. Ändere sich nichts, werde es zu Verteilungskämpfen kommen.

Wacker-Manager Norbert Winkhofer sagte, neben den Stromautobahnen fehlten leider immer noch die regionalen Verteilernetze. Man stehe kurz davor, das Kernproblem der Enegiewende zu lösen: den volatilen grünen Strom zu speichern. Die Speichertechnologie habe unglaubliche Fortschritte gemacht, die Preise seien drastisch gefallen. Leider stehe man nun vor einem anderen Engpass: kein Netzanschluss.

Ulli Kerbl erklärte, niemand im Land brauche sich über steigende Redispatch-Kosten (Eingriffe der Netzbetreiber, um das Stromnetz stabil zu halten) wundern. Seine PV-Anlage sei ständig abgeregelt worden. Erst seit sich der Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer (CSU) eingeschaltet habe, könne er die Anlage vernünftig betreiben.

Christoph Oechsner schilderte, wie absurd die Lage sei. Seinen Worten zufolge hat er monatelang vergeblich auf die Genehmigung seiner PV-Anlage gewartet. Er hat dann persönlich beim Landrat Max Heimerl (CSU) Druck gemacht. Oechsner hat dann die Genehmigung bekommen – mit dem Hinweis, er könne seine PV-Anlage binnen 68 Monaten (!) anschließen.

Seiner Ansicht nach bremst das die Energie- und die Mobilitätswende. „Mir ist einfach nicht klar, wohin die Politik eigentlich will“, klagte der Unternehmer. Als Händler für Nutzfahrzeuge sei er vorerst gezwungen, Diesel- und E-Lkws anzubieten. In Hamburg sei man in Sachen Mobilitätswende erheblich weiter.

Obermeier-Osl berichtete über den letztlich enttäuschenden Stand beim Großvorhaben Innovationsachse A94. Die Idee ist, vereinfacht formuliert, entlang der Autobahn Zukunft anzusiedeln: Start-ups, Solarzellen, Wasserstoff-Tankstellen und so weiter. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat dafür die Finanzierung einer Studie zugesagt. Ob das Ganze etwas wird, hält Obermeier-Osl für fraglich. Einige Kommunen hätten angefangen, mit Energiefirmen ihr eigenes Ding zu machen.

Christoph Oechsner lieferte schließlich ein Beispiel dafür, wie sich in Südostbayern Probleme überlappen: fehlender ÖPNV und Willkür der Ausländerbehörden, die im Interesse der Bundespolitik Fallzahlen liefern sollen. Was Oechsner kritisierte, bestätigte auch Obermeier-Osl. Man schiebe auch Menschen ab, die man hier gut gebrauchen könnte.

Oechsner wollte nun Unterstützung haben für einen seiner Jungs mit Fluchthintergrund. Damit der seine Ausbildung packt und im Land bleiben kann. Schon der Antrag, berichtete Oechsner, sei ein Riesen-Act gewesen. Ein Dutzend Sachverständige prüften alles. Ergebnis: Der Jugendliche bekommt um 17 Uhr Nachhilfe in Waldkraiburg, zu der er nicht hinkommt, weil kein Bus fährt. Der Junge wohnt in Trostberg.

Wieviel Gesprächsbedarf die Unternehmer derzeit haben, zeigte auch die abschließende Tisch-Abfrage. Das, was die Ausschuss-Mitlieder da berichten, ist vertraulich. Das Fazit der Vorsitzenden Obermeier-Osl war aber sehr deutlich: „Die Lage der Unternehmen ist viel besser als die Stimmung im Land“, sagte die Holzwerk-Chefin. Dafür machte sie auch die Medien verantwortlich.

Obermeier-Osl kritisierte, wenn eine Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zur Schicksalsfrage des ganzen Landes aufgeblasen werde, dürfe sich niemand wundern, wenn die Menschen jede Zuversicht verlieren würden. Das schade natürlich auch der Wirtschaft. „Momentan ist es ein Trauerspiel. So zerstören wir uns selbst“, warnte die Unternehmerin.

Das Finale der Sitzung bot dann das, was Maximilian Kammermeier besonders gut gefiel. Schon das Abendessen im Fohlenhof war die Fahrt nach Ampfing wert. Bei einem Glas Wein kamen die Gespräche dann noch einmal richtig in Fahrt. Für Kammermeier ist das Gold wert, das Netzwerken, der Austausch mit anderen Unternehmern. Jeder Unternehmer, mit dem man sprach, sah das genauso. Unter dem Strich dürfen Obermeier-Osl und Prost zufrieden sein: Das war ein super Auftakt.